

**NZZ**

## **UBS und CS im Visier**

### **Brasilien untersucht «Devisen-Mafia»**

Die brasilianische Wettbewerbsbehörde hat ein Verfahren gegen 15 Banken wegen des Verdachts auf Manipulationen am Devisenmarkt eröffnet – unter ihnen UBS und Credit Suisse.

von Tjerk Brühwiller, São Paulo  
3.7.2015

15 global tätige Finanzinstitutionen müssen sich vor der brasilianischen Wettbewerbsbehörde (Cade) erklären. Wie diese am Donnerstag mitteilte, existierten «starke Indizien» auf Absprachen und Preismanipulationen am Devisenmarkt. Die verdächtigten Banken sollen zwischen 2007 und 2013 – oder länger – untereinander Kursdifferenzen (Spreads) im Devisenhandel festgelegt, Devisengeschäfte koordiniert, Wettbewerber von Transaktionen abgehalten und Referenzkurse zu ihren Gunsten beeinflusst haben. Zudem sollen sensible Informationen über den Devisenmarkt untereinander ausgetauscht worden sein. Der jährliche Devisenhandel in Brasilien wird auf rund 3 000 Mrd. \$ geschätzt, womit das Land zu den aktivsten Märkten gehört.

#### **Absprache im Chatroom**

Die Untersuchung richtet sich auch gegen die Schweizer Banken UBS und Credit Suisse. Bei den weiteren Banken, die ins Visier der brasilianischen Behörden geraten sind, handelt es sich um die britischen Banken HSBC, Royal Bank of Scotland, Standard Chartered und Barclays, die amerikanischen Banken Citigroup, JPMorgan, Bank of America und Morgan Stanley, die Royal Bank of Canada sowie Nomura und Tokyo-Mitsubishi UFJ aus Japan. Auch gegen 30 Einzelpersonen richtet sich das Verfahren. Um wen es sich handelt, wurde nicht bekanntgegeben.

Die Absprachen fanden laut bisherigen Erkenntnissen über einen geschlossenen Chatroom auf einem Portal von Bloomberg statt. Die involvierten Händler bezeichneten sich dort selbst als «Die Mafia» oder «Das Kartell». Den Anstoss für die Aktion der brasilianischen Wettbewerbsbehörde gab offenbar der Hinweis eines der mutmasslichen Kartellmitglieder, das sich durch seine Kooperation eine Milderung oder einen Erlass der Strafe erhoffen kann.

#### **Aussergerichtliche Einigung?**

Die verdächtigten Banken haben bisher noch nicht öffentlich auf die Anschuldigungen aus Brasilien reagiert. Mit der Eröffnung des Administrativverfahrens bleiben ihnen 30 Tage Zeit, um ihre Verteidigung vorzubringen. Anschliessend wird die Wettbewerbsbehörde über allfällige Strafen entscheiden. Diese können sich für Unternehmen auf bis zu 20% des Bruttoumsatzes des Vorjahrs belaufen, für Einzelpersonen auf bis zu 2 Mrd. Rl. (600 Mio. Fr.).

Erst im Mai dieses Jahres hatten sich die UBS, Barclays, die Royal Bank of Scotland, JP Morgan und Citigroup unter dem Vorwurf der Manipulation im Devisenhandel mit den amerikanischen Behörden auf die Zahlung einer Strafe von insgesamt 5,7 Mrd. \$ geeinigt. Die UBS zahlte 342 Mio. \$, entging jedoch einer gerichtlichen Strafklage. Beobachter gehen davon aus, dass im Falle Brasiliens eine vergleichbare Einigung erzielt werden dürfte.